

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Die Klimaversager](#)
2. [Merksels Versagen - in einem Chart](#)
3. [Teuer und riskant - Bedingungsloses Grundeinkommen birgt Gefahren](#)
4. [Knapp 80.000 Beschäftigte bei Warnstreiks - Tarifticker](#)
5. [Promisierung der Politik](#)
6. [Die transatlantische Konkurrenz](#)
7. [Macron und seine großen Baustellen](#)
8. [Opel führt Kurzarbeit ein](#)
9. [Wegen Betriebsrat? Nordkurier entlässt Zusteller](#)
10. [Die neuen Streiks im Sozialwesen](#)
11. [»Stuttgart 21« des Nordens?](#)
12. [Oury Jalloh: "Und wenn es doch Mord war?"](#)
13. [Andrea Ypsilanti: Muss Hartz IV weg? „Ja, auf jeden Fall“](#)
14. [Catherine Deneuve fordert "Freiheit zu belästigen"](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Die Klimaversager**

Union und SPD haben in der Klimapolitik viel Glaubwürdigkeit verspielt. Bei einer Neuauflage ihrer Regierung müssten sie nicht nur ein Klimaziel definieren, sondern endlich auch konkrete Schritte dorthin.

Kann man Angela Merkel noch glauben? Im Wahlkampf war sie sicher, dass eine neue Regierung das deutsche Klimaziel einhalten werde. "Das verspreche ich Ihnen", hatte sie einer Bürgerin im Fernsehen zugesagt. Doch Union und SPD haben keine zwei Tage sondiert, da ist genau dieses Klimaziel schon Vergangenheit. Es wird begraben. Eine neue Koalition, so heißt es nun unter Sondierern, wolle sich "ehrlich machen". In der Politik ist das eine beliebte Phrase. Sie suggeriert, dass ein schlechter, ein unehrlicher Zustand endlich abgestellt wird. Wie so oft ist auch diesmal das Gegenteil der Fall. Wären Union und SPD ehrlich, dann müssten sie ihr nahezu vollständiges Scheitern in der Klimapolitik einräumen.

In den vergangenen vier Jahren hat sich bei den klimaschädlichen Emissionen so gut wie nichts getan. Und das trotz aller möglichen "Aktionspläne". Trotz Ökostrom-Ausbau. Und trotz der Zusage im alten Koalitionsvertrag, Union und SPD wollten die Emissionen bis 2020 um 40 Prozent unter das Niveau von 1990 drücken. Doch die Wahrheit zu Beginn des Jahres 2018 sind peinliche 27 Prozent, rund ein Drittel zu wenig. Mehr wurde nicht erreicht.

Quelle: [Süddeutsche](#)

dazu: Klimapolitik mit dem Abrissbagger

Wenn eine neue Bundesregierung sich nach der Wahl von ihrem Klimaziel verabschieden würde, wäre das eine Bankrotterklärung mit verheerender Wirkung auch international, kommentiert Georg Ehring. Die Welt schaue auf den ehemaligen Vorreiter im Klimaschutz, der jetzt von der Kohle nicht lassen will.

Quelle: [Deutschlandfunk](#)

dazu auch: Die GroKo: „Kurzfristig“ an Demenz leiden

Quelle: [Der Klima-Lügendetektor](#)

und: „Union und SPD erweisen der Wirtschaft einen Bärendienst“

Union und SPD wollen von dem Klimaziel abrücken, bis 2020 die Treibhausgasemissionen um 40 Prozent zu senken. Claudia Kemfert, Klima- und Energieexpertin am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), warnt, die Entscheidung sei ein „fatales Signal“.

Quelle: [WELT](#)

2. Merkels Versagen - in einem Chart

Union und SPD wollen das deutsche Klimaziel 2020 verschieben. Grund für das Debakel sind acht Jahre zaghafte Energie- und Umweltpolitik. Merkels Versagen - zusammengefasst in einem Chart.



Quelle: [SPIEGEL Online](#)

Anmerkung Jens Berger: Kritik an Merkels lascher Klimapolitik ist ja richtig. Aber doch bitte nicht in einem Chart, dessen Abszissenabschnitte mal fünf, mal drei, mal ein und mal zehn Jahre darstellen sollen. Das ist wirklich sehr unseriös.

3. **Teuer und riskant - Bedingungsloses Grundeinkommen birgt Gefahren**

Natürlich ist das eine charmant klingende Idee: Ein bedingungsloses Grundeinkommen soll den Menschen vom Zwang zur Lohnarbeit befreien, ihm ohne Rechtfertigung ein selbstbestimmtes Leben in Würde ermöglichen. Den Beginn der wahren Freiheit sagen die Befürworter voraus. Jeder könne sich, abgesichert durch die vom Staat zur Verfügung gestellte materielle Basis, endlich jenen Tätigkeiten widmen, die er als sinnvoll und erfüllend erachtet. Der alte Traum, das Paradies auf Erden zu verwirklichen, erschiene damit zumindest ein Stück weit realisiert. Es wäre naiv, das ausnahmslos jedem zustehende und allenfalls in Kinder- beziehungsweise Erwachsenenentartete gestaltete bedingungslose Grundeinkommen deshalb gleich für die Zauberformel zum gesamtgesellschaftlichen Glück zu halten. Dass die Idee einst schon den US-Ökonomen und liberalen Markt-Apologeten Milton Friedman begeisterte und sich heute immer mehr Wirtschaftskapitäne anschließen, sollte einen doch wenigstens nachdenklich machen. Das bedingungslose Grundeinkommen ist der Abschied vom klassischen Sozialstaatsmodell, das auch die kapitalistische Gesellschaft zur solidarisch organisierten Unterstützung von Schwachen und ohne eigenes Verschulden in Not geratenen Menschen verpflichtet. Die bisherigen Sozial- und Grundsicherungssysteme sind nichts anderes als eine Umverteilung von oben nach unten. Sie basiert auf der Einsicht, dass, wer unser Wirtschaftsleben allein dem freien Spiel der Kräfte überlässt, irgendwann mit Revolten der Verlierer rechnen muss.

Quelle: [Nürnberger Nachrichten](#)

***Anmerkung unseres Lesers G.G.:** Eine journalistische Leistung, die das komplexe Thema "Bedingungsloses Grundeinkommen - BGE" in einem relativ kurzen Artikel auf den Punkt bringt. Dazu lohnt es, nochmals den Aufsatz zum BGE von Jens Berger "[Das Grundeinkommen ist kein 'No Brainer'](#)" auf den NachDenkSeiten zu lesen.*

4. **Knapp 80.000 Beschäftigte bei Warnstreiks - Tarifticker**

Bundesweit beteiligen sich heute knapp 60.000 Beschäftigte aus 280 Betrieben an Warnstreiks (Stand: 14 Uhr). Seit Ende der Friedenspflicht sind damit insgesamt rund 80.000 Metallerrinnen und Metaller auf die Straße gegangen. Damit haben sie ihrer Tarifforderung Nachdruck verliehen und gegen das unzureichende Angebot der Arbeitgeber protestiert.

Quelle: [IG Metall](#)

5. **Promisierung der Politik**

[...] Konkret im Gespräch ist die schwarze Talkshow-Moderatorin Oprah Winfrey, die die Spekulationen mit einer recht politisch gehaltenen Rede bei den Golden-Globe-Preisverleihungen selbst auslöste. Kandidiert sie, hätten etablierte demokratische

Politiker (wie die von Trump wegen ihrer behaupteten indianischen Vorfahren als "Pocahontas" verspottete blonde und blauäugige Senatorin Elizabeth Warren) wahrscheinlich keine Chance. Dazu ist Oprah Winfrey zu beliebt - und das demokratische Establishment zu unbeliebt.

Aber auch die Parteilite der Demokraten könnte in Winfrey ihre einzige Chance gegen Trump sehen, wenn es mit der US-Wirtschaft weiter aufwärts geht und eine Steuerreform dafür sorgt, dass die meisten Amerikaner zumindest bis 2015 mehr in der Tasche haben (vgl. USA: Kongresskammern einigen sich auf Steuerreform).

Quelle: [Telepolis](#)

Anmerkung Jens Berger: *Nun wird es vollends absurd. Sollten die Demokraten wirklich versuchen, Trump durch eine polarisierende Multimilliardärin zu ersetzen, wird dies letztlich nur zu einer zweiten Amtszeit für Trump führen.*

6. Die transatlantische Konkurrenz

Außenminister Sigmar Gabriel dringt auf verstärkte PR-Maßnahmen zur Vorbereitung der Bevölkerung auf eine aggressivere deutsche Weltpolitik. Das Auswärtige Amt entsende bereits Personal "in die Schulen und Universitäten", um die Berliner Außenpolitik zu "erklären", teilte Gabriel kürzlich in einer Rede vor Außenpolitik-Experten mit; es werde nun unter anderem "die Zahl unserer Kanäle in den sozialen Medien" erweitern. Auch sollten Unternehmer und Betriebsräte den Beschäftigten Sachverhalte von außenpolitischer Bedeutung vermitteln. Hintergrund ist das deutsche Bestreben, weltpolitisch eine eigenständige Stellung einzunehmen und dabei stärker in Konkurrenz zu den USA zu treten. Der teilweise schroff mit deutschen Interessen kollidierende Kurs der Trump-Administration wird dabei in Berlin zunehmend als ein Schwenk von Dauer eingeschätzt: In Washington nehme man die EU immer stärker "als Wettbewerber und manchmal sogar als Gegner wahr", bestätigt Außenminister Gabriel. Man müsse künftig öfter nicht auf "Werte", sondern auf Stärke setzen.

Quelle: [German Foreign Policy](#)

7. Macron und seine großen Baustellen

So könnte es mit der Ruhe im Lande durchaus bald wieder vorbei sein: Unter anderem sollen im Öffentlichen Dienst rund 100.000 Stellen wegfallen. Die Reform der Arbeitslosenversicherung sieht vor, den Druck auf Arbeitslose zu erhöhen, damit sie angebotene Stellen annehmen, auch Kontrollen sollen verschärft werden.

Der geplante Umbau des Rentensystems wird Privilegien angreifen, die auf das 17. Jahrhundert zurückgehen. Die schon Ende Januar anstehende Entscheidung über den Neubau eines Großflughafens in der Bretagne hat Macron geerbt, sie könnte die

Spannungen im Land zusätzlich wieder anheizen. Denn die meisten Landwirte auf dem ausgewiesenen Baugelände protestieren seit 20 Jahren gegen das Projekt, viele Häuser sind besetzt und ihre Bewohner für den Kampf gerüstet.

“Sollte die Polizei anrücken, wären ziemlich schnell an die zehntausend Leute hier, um das Gebiet gegen die Einsatzkräfte zu verteidigen. Das ist sicher. Genau wie 2012, als die Regierung die Zone auch schon räumen wollte, und es klappte nicht. Genauso würde es dann wiederkommen.”

Die untergründigen Spannungen im Land kann auch der große Hoffnungsträger Emmanuel Macron nicht wegzaubern. Wie groß sie sind, zeigen einige Zahlen: 2017 gab es mehr als 60 Suizidfälle bei Gendarmerie und Polizei. 28 Prozent der Franzosen haben das Gefühl, in “vom Staat verlassenen Gebieten” zu leben, nämlich in den Vorstädten der Metropolen oder auf dem flachen Land.

Gleichzeitig wird die geplante Abschaffung der Wohnsteuer zwar rund 80 Prozent der Bevölkerung finanziell entlasten, den ohnehin schon klammen Kommunen aber eine Haupteinnahmequelle nehmen - und ein staatlicher Ausgleich dazu ist nicht vorgesehen. Solche Verhältnisse enthalten großen Konfliktstoff: 2018 wird ein hartes Jahr für Frankreich.

Quelle: [Deutschlandfunk Kultur](#)

8. **Opel führt Kurzarbeit ein**

Noch in dieser Woche beginnt im Opel-Werk in Rüsselsheim eine voraussichtlich sechsmonatige Kurzarbeit. Die Bundesagentur für Arbeit habe dies bewilligt, sagte ein Unternehmenssprecher. Geschäftsleitung und Betriebsrat hatten in Abstimmung mit der IG Metall die Kurzarbeit im Stammsitz des Unternehmens vereinbart. Betroffen sind sowohl die Produktentwicklung als auch Verwaltungsbereiche, hieß es. [...]

Die Kurzarbeit war bei Opel bereits im Dezember vereinbart worden, um das Arbeitsvolumen an den deutschen Standorten mit derzeit noch ungefähr 19.000 Mitarbeitern zu verringern. Dadurch sollen in dem vom französischen PSA-Konzern übernommenen Autohersteller Entlassungen vermieden werden.

Kurzarbeit ist nicht die einzige Maßnahme: So kündigte Opel-Chef Michael Lohscheller im Dezember an, das Altersteilzeitprogramm bis auf den Geburtsjahrgang 1960 auszuweiten. Dabei wird die Arbeitszeit progressive verringert, um auf den Ruhestand vorzubereiten. Es gebe auch Vorruhestands-Regeln für Mitarbeiter, die 36 Monate vor dem frühestmöglichen Renteneintritt sind.

Quelle: [FAZ](#)

Anmerkung unseres Lesers S.N.: So sehen also im Januar 2018

Konjunkturüberhitzung und Fachkräftemangel, vor denen uns “Experten” wie das Kieler IfW oder der SVR Wirtschaft noch im Dezember 2017 gewarnt hatten.

Anmerkung JK: Das dürfte erst der Anfang sein. Man darf davon ausgehen, dass der PSA-Konzern bei Opel kein Stein auf dem anderen lassen wird, bis zur endgültigen Abwicklung Opels, da von Anfang an klar war, dass sich die Marktsegmente von Opel und Peugeot/Citroen zu sehr gleichen, keiner ist im Segment teurer Premiumfahrzeuge aufgestellt bzw. hat die Größe etwa des VW-Konzerns. Die Übernahme von Konkurrenten wird immer gerne benutzt um eine "Marktbereinigung" durchzuführen.

9. Wegen Betriebsrat? Nordkurier entlässt Zusteller

Die Nordkurier-Mediengruppe in Neubrandenburg hat überraschend rund 60 Zeitungs- und Postzusteller aus der Region Mecklenburgische Seenplatte entlassen. Die Mitarbeiter wollten nach Informationen von NDR 1 Radio MV erstmals einen Betriebsrat gründen. Ende Dezember bekamen sie ihre Kündigungen nach Hause geschickt. Schon Ende Januar sollen die vollzeitbeschäftigten Mitarbeiter ihren Job verlieren. Die meisten sind Frauen, einige sind mehr als 20 Jahre dabei, heißt es. Offiziell entlässt die Nordkurier-Mediengruppe die Zusteller, weil ihr Betrieb angeblich stillgelegt werden soll. Die Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di vermutet allerdings, dass die Kündigungen eine Reaktion auf die Gründung eines Betriebsrates sind. Die Zusteller klagen über teils schwierige Arbeitsbedingungen wie nicht bezahlte Überstunden. Der "Nordkurier" zahlt ihnen den Mindestlohn von 8,84 Euro, ihre Arbeitszeit beginnt in der Regel um 2 Uhr nachts und dauert auch mal bis mittags. Quelle: [NDR](#)

Anmerkung unseres Lesers U.S.: Nachdem über Jahre die journalistische Qualität dieser Zeitung in den tiefsten Abgrund gerutscht ist (wurde), wird der Rückgang der Abonnenten gnadenlos auf dem Rücken der Schwächsten in der Gewinnschöpfungskette ausgetragen. Zusteller, die um ihren Mindestlohn kämpfen, werden beim rechtlich völlig legitimen Wunsch nach einem Betriebsrat beseitigt.

Statt mit Journalismus Leser zu gewinnen, ruiniert die Geschäftsführung das Unternehmen mit „copy and paste“, überregionalen Mantelblättern und völlig sinnentleerten Artikeln. Der Mantel des Nordkuriere enthält täglich mindestens die gleiche Menge an Werbebeilagen. Viele, gerade ältere Mitbürger, halten sich den Luxus dieser „Zeitung“ nur aus Tradition als Nachfolger der lokalen Kreisblätter der Ostzeitung „Freie Erde“ mit Informationen aus der Region und den täglichen (Sterbe-) Anzeigen. Das ehemalige Verlagsgebäude des Nordkuriere wird übrigens seit Jahren als Außenstelle der Bertelsmann Stiftung arvato genutzt.

10. **Die neuen Streiks im Sozialwesen**

Ihr Berufsethos hält Pflegekräfte und Erzieherinnen nicht mehr von Arbeitskämpfen ab – im Gegenteil

Erstmals seit vielen Jahren könnte es in den nächsten Wochen mal wieder zu einem größeren Streik in der Metallindustrie kommen. Doch der Trend ist ein anderer: Wenn es hierzulande in den vergangenen Jahren Arbeitskämpfe gab, dann zumeist im Dienstleistungs- oder Transportbereich. Ein im VSA-Verlag erschienener Sammelband widmet sich einem Teil dieser Entwicklung: den »Sorge-Kämpfen«, Auseinandersetzungen in Krankenhäusern, im Sozial- und Erziehungsdienst oder in der Behindertenhilfe, der sogenannten Care-Arbeit.

Karina Becker, Yalcin Kutlu und Stefan Schmalz von der Uni Jena stellen in einem Beitrag fest, dass es sich um eine vergleichsweise neue Entwicklung handelt: »Lange ließen sich im Bereich der Care-Arbeit kaum kollektive Formen des Widerstands festmachen – obwohl (...) die Beschäftigten alles andere als zufrieden mit ihren Arbeitsbedingungen sind.« Dafür verantwortlich gemacht wurde zumeist das spezielle Berufsethos der Pflegekräfte und Erzieherinnen. Diese seien »Prisoners of love« – ihr hohes Verantwortungsgefühl für Patienten und Betreute halte sie davon ab, sich gemeinsam für ihre eigenen Interessen einzusetzen. Und in der Tat waren Erzwingungsstreiks in Krankenhäusern und Kitas lange nahezu undenkbar. Tarifverträge wurden in der Regel von den »schweren Bataillonen« der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst, den Müllwerkern und Busfahrern, durchgesetzt, die dann auch in den meisten Gesundheits- und Sozialeinrichtungen galten.

»Die aktuellen Konflikte in den Sozial- und Erziehungsdiensten und den Krankenhäusern deuten jedoch darauf hin, dass sich diese eher traditionellen Strukturen aufzulösen beginnen«, so die Jenaer Soziologen.

Quelle: [junge Welt](#)

11. **»Stuttgart 21« des Nordens?**

Gegen die Pläne eines neuen Hamburger Bahnhofs regt sich Widerstand. Ausufernde Kosten für die öffentliche Hand befürchtet

Der neue Durchgangsbahnhof der Deutschen Bahn AG (DB) in Hamburg soll auf dem Gelände des derzeitigen S-Bahnhofs Diebsteich entstehen. Nun liegt nach jüngsten Meldungen der behördliche Planfeststellungsbeschluss vor. Damit ist grünes Licht gegeben für den Bau, der 2023 fertig sein soll. Sobald die Baukolonnen abgezogen sind und die neue Bahnstation in Betrieb ist, sollen die Gleise und Oberleitungen am traditionsreichen Kopfbahnhof Hamburg-Altona demontiert werden. Auf den freiwerdenden Flächen, die die DB der Hansestadt verkauft, möchte der Senat rund 1.900 Wohnungen errichten lassen.

Der Abriss des Bahnhofs und der Rückzug der Fernbahn aus der belebten Mitte Altonas wäre eine historische Zäsur. Die Station war schon in der Frühphase des Eisenbahnwesens Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden und ist seither Stück für Stück gewachsen. Hamburg-Altona ist seit Menschengedenken Startpunkt und Endstation für stündlich verkehrende Fernzüge nach und von West-, Süd- und Ostdeutschland, für Regionalzüge Richtung Westerland (Sylt), für klassische Nacht- und Autoreisezüge sowie für mehrere innerstädtische S-Bahn-Linien. Täglich verkehren hier bis zu 100.000 Reisende.

Ähnlich wie beim heftig kritisierten Bahnhofs-, Immobilien- und Tunnelprojekt »Stuttgart 21« argumentiert die DB, dass Kopfbahnhöfe nicht mehr zeitgemäß und Durchgangsbahnhöfe mit weniger Personal billiger zu betreiben seien. Bei genauerer Betrachtung allerdings zeigt sich, dass bei modernen Zuggattungen ein aufwendiger Lokwechsel an Kopfbahnhöfen nicht mehr notwendig ist. Die meisten Züge haben an beiden Enden einen Führerstand und können wenige Minuten nach Ankunft am Prellbock ihre Fahrt fortsetzen. Moderne Kopfbahnhöfe haben auch im 21. Jahrhundert nicht ausgedient, wie ein Blick nach Zürich, München oder Leipzig zeigt. Quelle: [junge Welt](#)

12. **Oury Jalloh: „Und wenn es doch Mord war?“**

Nach der bundesweiten Demonstration zum 13. Jahrestag des ungeklärten Todes des Asylbewerbers aus Sierra Leone geht es um die Frage, ob es gelingt, den Druck zu verstärken

Manche Autofahrer werden am Wochenende über die neuen Verkehrsschilder gestaunt haben. Dort wo sonst für das Bauhaus oder das Unesco-Weltkulturerbe Dessau-Wörlitzer Gartenreich geworben wird, prangte die Aufschrift Oury Jalloh-Stadt Dessau. Das dürfte wohl Marketingexperten der Stadt und rechte Politiker aller Parteien mehr ärgern als die Großdemonstration am vergangenen Sonntag.

Knapp 4.000 Menschen aus der ganzen Republik hatten sich am 7. Januar in Dessau versammelt. Dort verbrannte vor 13 Jahren Oury Jalloh an Armen und Beinen in einer Polizeizelle. Die zentrale Parole lautete „Oury Jalloh, das war Mord.“ Seit 13 Jahren waren Freunde und Unterstützer von Oury Jalloh alljährlich nach Dessau gekommen, um an den Toten zu gedenken und die Aufklärung der Todesumstände zu fordern. Sie sind von Anfang an davon ausgegangen, dass Oury Jalloh gewaltsam in der Dessauer Polizeiwache zu Tode kam. Doch sie wurden kriminalisiert, wenn die die Parole „Oury Jalloh, das war Mord“ skandierten und auf Schildern und Transparenten zeigten.

Quelle: [Telepolis](#)

13. **Andrea Ypsilanti: Muss Hartz IV weg? „Ja, auf jeden Fall“**

SPD-Linke Andrea Ypsilanti spricht im Interview über die Zukunft der

Sozialdemokratie, die Utopie eines mediterranen Sozialismus - und ihr Nein zu einer großen Koalition. [...]

Was bedeutet das mit Blick auf den Hauptstreitpunkt? Würden Sie sagen: Hartz IV muss weg?

Ja, auf jeden Fall. Als Erstes müssen die Sanktionen weg. Das Fördern sollte eine bessere Qualität haben. Diejenigen, die in Hartz IV sind, müssen sich Gängelungen aussetzen. Sie müssen Arbeiten annehmen zu jedweden Bedingungen. Da ist der Mindestlohn nur eine kleine Hilfe. Dann gibt es diejenigen, die noch in Arbeit sind, aber die sich bedroht fühlen von der Situation, in die sie Hartz IV bringen würde. Es gibt auch bei den Sozialdemokraten viele, die die hohe Zahl von Arbeitsverhältnissen auf die Agenda 2010 und Hartz IV zurückführen.

Aber was sind denn das für Arbeitsplätze? Es sind Arbeitsplätze im Niedriglohnsektor oder in Leiharbeit, es ist prekäre Beschäftigung. Das sind nicht die Arbeitsplätze, von denen Menschen gut leben können und die gute Arbeitsbedingungen mit sich bringen. Dient es der Glaubwürdigkeit, wenn eine Partei sagt: Das, was wir vor mehr als zehn Jahren gemacht haben, war grundfalsch?

Glaubwürdigkeit gewinnt man jedenfalls nicht dadurch, dass man sagt „Wir haben alles richtig gemacht“, wenn sich gleichzeitig die Zahl der Wählerinnen und Wähler und der Mitglieder halbiert hat.

Quelle: [FR Online](#)

14. **Catherine Deneuve fordert „Freiheit zu belästigen“**

100 Frauen, darunter Filmstar Catherine Deneuve, haben einen in „Le Monde“ publizierten offenen Brief unterzeichnet, in dem sie eine „Denunziations-Kampagne“ gegen Männer kritisieren.

In der Diskussion um sexuelle Übergriffe haben die französische Schauspielerinnen Catherine Deneuve und andere Prominente eine „Freiheit zu belästigen“ eingefordert. Die aktuelle „Denunziations-Kampagne“ gegen Männer spiele nur Moralaposteln und religiösen Extremisten in die Hände, heißt es in einem von rund 100 Frauen unterschriebenen offenen Brief, der in der Zeitung „Le Monde“ erscheint.

Die Unterzeichnerinnen warnen in der #MeToo-Debatte vor einem „Klima einer totalitären Gesellschaft“. „Vergewaltigung ist ein Verbrechen. Aber hartnäckiges oder ungeschicktes Flirten ist kein Delikt, und eine Galanterie auch keine chauvinistische Aggression“, schrieben sie. Die „Freiheit zu belästigen“ sei „unerlässlich für die sexuelle Freiheit“.

„Als Frauen erkennen wir uns nicht in diesem Feminismus, der über die Anprangerung von Machtmissbrauch hinaus das Gesicht eines Hasses auf Männer und die Sexualität annimmt.“

Quelle: [Tagesspiegel](#)

dazu: Statt #MeToo: Für mehr Unverschämtheit zwischen Frauen und Männern

[...] Die feministische Debatte, so kritisiert das Kollektiv der 100 Frauen, führe zumindest in Teilen in die falsche Richtung, weil sie zu viel bestimmen will und mit Schuldzuweisungen arbeitet, die Frauen treffen, die mit bestimmten Rollenzuweisungen nicht einverstanden sind.

Die Affäre Weinstein habe sehr Wichtiges an den Tag gebracht, weil damit der Öffentlichkeit bewusst wurde, welcher sexuellen Gewalt Frauen in einem beruflichen Umfeld ausgesetzt sind, wo Männer ihre Macht missbrauchen. Diese Debatte sei notwendig gewesen, aber die damit verbundene "Befreiung der Worte" verquere sich jetzt in sein Gegenteil. [...]

Nicht zu übersehen ist, dass hier talentierte Polemikerinnen am Werk sind, die ihre Sache, die für mehr Frechheit und Unverschämtheit und die Geistesgegenwart der Frauen plädiert, gut vertreten. Ob ihre Aggressivität gegen die Korrektheit gut verstanden wird, wird man sehen. Jedenfalls setzte es schnell Kritik, wonach sich das Kollektiv "entsolidarisiert".

Quelle: [Telepolis](#)